

**„Geschäfte mit der Armut“ -
Zur Aktionswoche der Schuldnerberatung
(21. – 25. Juni 2010)**

Wie in den vergangenen Jahren rufen wir auch dieses Jahr wieder zur Beteiligung an der Aktionswoche auf.

Das Thema der diesjährigen *Aktionswoche der Schuldnerberatung* (21. – 25. Juni 2010) lautet: „Geschäfte mit der Armut“. Siehe dazu auch unter:

<http://www.aktionswoche-schuldnerberatung.de/>

Bereits im Jahr 2003 hat die die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) in einer bundesweiten Aktionswoche zum Thema „Geschäfte mit der Armut“ mit vielfältigen Aktionen darauf aufmerksam gemacht, dass die verzweifelte Situation überschuldeter Verbraucher häufig von unseriösen Kreditvermittlern bzw. sogenannten Schuldenregulieren ausgenutzt wird.

Wegen des unzureichenden Angebotes und der personellen Ausstattung der gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen besteht ein regelrechter Markt für diese Anbieter. Zur Zeit gibt es in Deutschland etwa 1.000 Beratungsstellen mit rund 1.500 Beraterinnen und Beratern in den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherzentralen. Gemessen an der Zahl der überschuldeten Haushalte ist der Bedarf bei weitem nicht gedeckt. Das zeigt sich u.a. an den langen Wartezeiten, bis es zu einem ersten Gespräch kommt.

Die Situation im Hinblick auf **unseriöse** Hilfsangebote für überschuldete Verbraucher, als auch die unzureichende personelle Ausstattung der gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen, haben sich bis heute nicht verbessert. Deshalb hat die AG SBV beschlossen, die Aktionswoche der Schuldnerberatung im Jahr 2010 noch einmal unter das Motto

Die finanzielle und psychische Notlage überschuldeter oder hochverschuldeter Familien und Haushalte wird oftmals von skrupellosen und an der Grenze der Legalität agierenden Geschäftsleuten ausgenutzt. Neben seriösen Anbietern agieren zunehmend auch unseriöse, teils kriminelle Anbieter auf dem Markt. Mit Kleinanzeigen oder per Post erwecken sie den Anschein, Helfer in der Not zu sein.

Unseriöse Kreditvermittler geben vor, denjenigen Kredite vermitteln zu können, die wegen der hohen Schulden sonst keine Kredite mehr erhalten würden. Tatsächlich ist eine Kreditvermittlung aber, auf Grund der Bonitätsvorgaben der Banken, nicht möglich. Sie ist allerdings auch nicht beabsichtigt; den Anbietern kommt es vielmehr darauf an, Vorabgebühren zu kassieren und/oder durch die Vermittlung diverser Finanzprodukte Provisionseinnahmen zu erzielen.

Schuldenregulierer versprechen ihren Kunden, die Schuldenregulierung in den Hand zu nehmen, wohl wissend, dass ihnen Verhandlungen mit den Gläubigern gesetzlich verboten sind. Ihre Tätigkeit beschränkt sich daher im Wesentlichen auf die Weiterleitung von Zahlungen der Schuldner – nach Abzug exorbitanter Gebühren – und einfache Sortiertätigkeiten, ggf. auch die Weiterleitung von Unterlagen an einen, mit dem Schuldenregulierer verbundenen, Anwalt. Dieser muss selbstverständlich

zusätzlich vom Schuldner bezahlt werden, leistet aber, in aller Regel, keine persönliche Beratung.

Teilweise wird über Schuldenregulierer, die nach diesem oder ähnlichem Muster vorgehen, auch der Zugang zum Insolvenzverfahren und zur Restschuldbefreiung angeboten. Ein nicht geringer Teil der (Verbraucher-) Insolvenzanträge dürfte mittlerweile von Schuldnern gestellt werden, die sich auf einen Berater verlassen, den sie niemals persönlich gesehen haben.

Während die Zahl der Schuldnerberatungsstellen in Trägerschaft der Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Verbraucherzentralen in den letzten Jahren eher rückläufig war, haben die unseriösen Angebote selbst ernannter Schulden- und Insolvenzberater explosionsartig zugenommen. Der Schutz der Betroffenen vor den betrügerischen Machenschaften ist noch viel zu gering. Die Rechtsverfolgung der Unternehmen völlig unzureichend. Welche Verbesserungen notwendig sind und wie sie erreicht werden können, soll ein Ergebnis unseres Engagements in der Sache sein.

Zur Arbeit der AG Verteilungsgerechtigkeit

Die AG Verteilungsgerechtigkeit hat sich in der vergangenen Legislaturperiode intensiv mit „Wegen aus der Schuldenfalle“ und der Schuldnerberatung befasst. Die Vorbereitung der Aktionswoche soll auch dafür genutzt werden, in einer ersten Bestandsaufnahme sich wieder auf den aktuellen Stand zu bringen und den Vertiefungs- und Klärungsbedarf für die weitere Arbeit in diesem Bereich festzustellen.

Dazu verweise ich auf die Broschüre *„Wege aus der Schuldenfalle - Überschuldung privater Haushalte: Bestandsaufnahme sowie Strategien zur Bekämpfung und Prävention“*, die im Mai 2008 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurde. Darin ist die Arbeit und Position der AG Verteilungsgerechtigkeit zur Überschuldungsfrage dargestellt.